



Nummer 5 | Dezember 2017



Liebe Leserin, lieber Leser,
seit meinem letzten Brief hat es im politischen Berlin viel Bewegung gegeben. Nach dem Scheitern der Sondierungsverhandlungen zwischen CDU/CSU, den Grünen und der FDP bleibt uns nur noch die

Option verstärkt an einer Großen Koalition zu arbeiten.

Als verlässlicher politischer Partner stehen wir als Abgeordnete der CDU/CSU seit der Bundestagswahl zu dem Versprechen, das wir Ihnen als Wählerinnen und Wähler gegeben haben: Mit uns

bekommen Sie eine stabile Regierung. Nur scheitert dies bisher am Unvermögen der anderen.

Ich möchte für Sie mitgestalten und das Beste für Delmenhorst, für den Landkreis Oldenburg und die Wesermarsch erreichen. Daher forde-

re ich von unseren politischen Mitbewerbern und insbesondere der SPD ein, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen und ein klares Bekenntnis für dieses Land und eine Regierungsbeteiligung abzugeben. Eine weitere Hängepartie haben Sie, als Bürger, nicht verdient.

Was Sie sich verdient haben, sind ruhige und besinnliche Festtage, im Kreise von Familie und Freunden. Daher wünsche ich Ihnen, von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein gutes Jahr 2018.

*Ihre
Astrid Grotelueschen*

Aus der letzten Sitzungswoche ...

Genau ein Jahr ist es her, dass uns der feige Anschlag am Berliner Breitscheidplatz erneut und kollektiv unsere Verwundbarkeit vor Augen geführt hat. 12 Menschen verloren dabei ihr Leben, 55 bezahlten ihren Besuch auf dem Weihnachtsmarkt mit teils lebensgefährlichen Verletzungen. Jetzt, ein Jahr nach der Tat, wurde der Bericht des Bundesbeauftragten für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz im Bundestag debattiert. In einem gemeinsamen Antrag fordern CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne die Bundesregierung dazu auf, die Entschädigung, Versorgung und Nachbetreuung der Verletzten und der Hinterbliebenen zu verbessern. Dass wir aus dem Geschehen lernen und die

Situation derer verbessern, die Unsägliches durchleben mussten, ist aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit, die auch früher hätte geregelt werden können. Dass wir jetzt zentrale Anlaufstellen schaffen, um auch Entschädigungsansprüche zu klären, Betreuung zur Verfügung zu stellen und Angehörigen Kontaktmöglichkeiten zu geben, ist gut. Noch besser wäre es jedoch, wenn wir auch bei künftigen Beschlüssen zur Verbesserung der inneren Sicherheit so einmütige Entscheidungen treffen könnten. Prävention ist hier besser als Nachsorge.

Ein medialer Höhepunkt in der letzten Sitzungswoche stellte die öffentliche geführte Debatte um die Abgeordnetenentschädigungen - „Diäten“ - dar. Konkret ging es in

der Abstimmung darum, die vor Jahren vom Bundesverfassungsgericht eingeforderte Regelung zur Anpassung der Gehälter der MdB's zu bestätigen. Aus meiner Sicht ist die Kritik verständlich, bezogen auf den Zeitpunkt der Diskussion. Fakt ist jedoch, dass der Deutsche Bundestag per Gesetz verpflichtet ist, innerhalb der ersten drei Monate nach seinem Zusammentreten darüber abzustimmen, ob die aktuelle Regelung, nach der die Entschädigungen an die Lohnentwicklung der 35 Millionen abhängig Beschäftigter gekoppelt ist, weiter angewandt werden soll. Konstituiert haben wir uns am 22.10.17. Dieses Verfahren wurde 2013 von einer unabhängigen Expertenkommission empfohlen und bietet ein Höchstmaß an Transparenz.

Rückgang der Zuzüge von Asylsuchenden

Zum Jahreswechsel lohnt es sich, einen Blick auf das Thema zu richten, das uns seit 2015 wie kein zweites bewegt hat.

Aufgrund von Bürgerkriegen, politischer Verfolgung und Armut haben seither knapp 1,35 Millionen Menschen in Deutschland Asyl beantragt.

Durch eine gemeinsame Kraftanstrengung der Kommunen, der Länder, des Bundes und vor allem der tausenden Ehrenamtlichen konnte diese historische Aufgabe gemeistert und eine geordnete Integration oder Zurückweisung eingeleitet werden. Um den Asylsuchenden aber auch uns als Aufnahmegesellschaft eine verlässliche Perspektive zu geben, konnte die Dauer des Asylverfahrens für 2017 gestellte Anträge auf unter drei Monate gesenkt werden. Die Zahl der Altanträge aus 2016 reduzierte sich um 434.000 auf jetzt noch 81.000.

Dass die Kooperation der europäischen Staaten Wirkung zeigt, beweisen auch die Zahlen der gestellten Anträge. Waren es zwischen Januar und November 2016 noch über 700.000 Anträge, blieb sie im selben Zeitraum 2017 unter

185.000. Ein Rückgang um knapp 75 Prozent! Auf unser Bundesland Niedersachsen entfielen dabei rund 17.300 Anträge.

Doch nicht jeder, der hier bleibt, ist zugleich asylberechtigt. Das Aufenthaltsrecht unterscheidet verschiedene Statusgruppen:

1. Asylberechtigte: 41.000
2. Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention: 580.000
3. subsidiär Schutzberechtigte: 177.000
4. Abschiebeverbot (bspw. aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Bedrohung von Leib und Leben): 65.000
5. Duldung (etwa, weil Herkunftsstaaten Rücknahme verweigern): 163.000

Mit einem Programm zur Förderung der freiwilligen Rückkehr fördert der Bund seit Februar die Rückreise und den Neustart im Heimatland. Kombiniert mit den weiteren Maßnahmen zur Fluchtursachenbekämpfung, dem ausgesetzten Familiennachzug und einem stärkeren Vollzug bei der Abschiebung vor Ort, sind wir aus meiner Sicht auf dem richtigen Weg.

Daten und Fakten

Aus der „Bilanz des Helfens“-Studie geht hervor, **dass die Deutschen von Januar bis September 2017 rund 3,1 Mrd. Euro spendeten.** Das private Spendenaufkommen liegt damit leicht über dem des Vorjahres. Im besagten Zeitraum spendeten etwa 17 Mio. Deutsche Geld an Kirchen oder gemeinnützige Organisationen.

Die durchschnittliche Spendenhöhe lag bei unverändert **32 Euro pro Spender.** Vom Spendenaufkommen der ersten neun Monate des Jahres profitierten insbesondere nicht-konfessionelle Träger.

47 Prozent aller Spenden flossen in Projekte im Inland. Während die Gelder für Flüchtlinge auf 285 Mio. Euro zurückgingen, nahm das Spendenvolumen insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe zu. **Rund 69 Mio. Euro kamen der Not- bzw. Katastrophenhilfe zugute.**

Das **Plus von 3,7 Prozent** in diesem Bereich im Vergleich zu 2016 führt die Studie vor allem auf neue Spender zurück.

Quelle: Deutscher Spendenrat e.V.

Noch mehr Breitband-Anschlüsse für die Region

Am 19.12. war es offiziell: eine weitere Breitbandförderung des Bundes, ganze 4,8 Millionen Euro, wird dem Landkreis Oldenburg ab Februar nächsten Jahres noch mehr hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse beschere. Zusammen mit dem Spatenstich am 20.12. für den ebenfalls vom Bund geförderten Ausbau in der Wesermarsch wird kurz vor Weihnachten deutlich: nach langer und intensiver Vorarbeit geht es endlich voran.

Wie notwendig hochleistungsfähige Leitungen für unsere Region sind, ist uns allen mittlerweile bewusst. Seit Jahren setze ich mich

für den Ausbau ein, weil Gespräche mit Unternehmen, Vereinen oder Privatpersonen mir zeigen: wir alle brauchen diese Technologie, in Zukunft noch viel mehr. Jeder Betrieb, der z.B. online Warenbestellungen übermittelt oder Baupläne übersendet ist genauso darauf angewiesen wie die Familie, die den Anschluss für Hausaufgaben, Homeoffice oder einfach mal einen Filmabend braucht. Und auch Schulen und Krankenhäuser kommen ohne schnelles Internet längst nicht mehr aus.

Bei einem großen Abend rund um das Thema Breitbandausbau, zu dem ich im August eingeladen hat-

te, wurde deutlich was jetzt auch gilt: Fördergelder allein reichen nicht. Verfahren müssen verschlankt, Strukturen vereinfacht werden, damit wir schneller zum Ergebnis - der schnelleren Leitung - kommen. Im Landkreis Oldenburg läuft gerade die Feinabstimmung für die Umsetzung der Maßnahmen mit Fördergeldern von Februar. Meine Anfrage beim Projektträger des Bundes, der atene KOM, zu einem genauen Stand und Möglichkeiten der Beschleunigung läuft bereits. Auch das Land, das ebenfalls Fördergelder stellt, muss jetzt unbedingt nachziehen. Ich verspreche, ich bleibe für meinen Wahlkreis weiter dran!

Berufswahl leicht gemacht

Von der Schule in den Beruf - was so einfach klingt, ist eine entscheidende und sehr anspruchsvolle Schnittstelle im Leben junger Menschen. Mein Besuch in der Graf-von-Zeppelin-Schule in Ahlhorn zum Tag der Bildung hat mir wieder gezeigt, wie sich persönlicher Einsatz und Ideenreichtum der Lehrer für die Schüler auszahlen.

Schon seit Langem kümmert sich Schulleiter Dirk Richter zusammen mit seinem Team verstärkt um die berufliche Zukunft seiner Schülerinnen und Schüler und hat dieses Engagement bis heute kontinuierlich ausgebaut. Mit umfangreichen Praktika, engem Kontakt zur regionalen Wirtschaft, einer ARGE-



Das engagierte Team der GvZ: Frau B. Efthimiadis-Kristidis, Koordinatorin A. Döpken, Fachlehrerin S. Lüdke und Schulleiter Dirk Richter

Sprechstunde an der Schule und mehr werden die Schüler schon lange vor ihrem Abschluss optimal begleitet.

Wie wichtig das in Zeiten von Fachkräftemangel und unbesetzten Lehrstellen ist, steht außer Frage. Dabei gilt es, und dafür setze ich mich ein, auch generell eine Lanze für die duale Ausbildung zu brechen. Sie erfährt in Deutschland

bei Weitem nicht die verdiente Wertschätzung, dabei sprechen die hohe Qualität und die sehr guten Weiterbildungs- und Karrierechancen für sich. Ich habe mir vorgenommen, im kommenden Jahr noch stärker unsere Schulen und Unternehmen bei ihrer jeweiligen Suche zu unterstützen und zusammenzubringen, damit sich „Topf und Deckel“ in Zukunft noch häufiger finden.

Besuchen Sie mich im Bundestag



Neben unzähligen weiteren Gruppen konnte ich in den letzten vier Jahren rund 550 Besucher im Rahmen des Besuchsprogramms des Deutschen Bundestages in Berlin empfangen.

Bild: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR

In Berlin freue ich mich immer über Besuch aus dem Wahlkreis. Daher lade ich gerne zu meinen viertägigen Reisen ein — mit Reichstagsbesuch, Stadtrundfahrt und vielen weiteren interessanten Stationen.

Die Leitung der Fahrten übernimmt, in bewährter Weise, Karl-

Ernst Thümler. Melden Sie sich direkt bei ihm oder bei mir im Büro an (s.u.)! Die kommenden Termine für meine Fahrten stehen schon fest:

14. bis 17. März 2018

13. bis 16. Juni 2018

31.10. bis 03.11.2018

Frohe Weihnachten

Das Bürgerbüroteam wünscht Ihnen besinnliche Feiertage und einen friedlichen Jahresausklang im Kreis Ihrer Lieben!

Auch wir machen Pause:

Unsere Büros sind bis zum 05. Januar 2018 nicht besetzt.

Wir freuen uns im Neuen Jahr auf ein Wiedersehen mit Ihnen!



Astrid Grotelüschchen MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969